...s • Ausgabe B Nr. 59
...r Berlin u. Umgegend Nr. 118

Abend-Ausgabe

Freitag, 11. März 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

...für unverlangt eingesandte Manuskripte ...nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

...loyd George verteidigt die Gewaltmaßnahmen.

Der tote Punkt.

J. Seit den Tagen der letzten Pariser Konferenz ...e man mit allen verfügbaren Säbeln. Herr Foch stellte ...Deutschlands Grenzen auf: Die Börse oder das Leben! ...rd der Boden bereitet für eine Konferenz, deren Auf... gewesen wäre, die schwierigsten der Fragen, die sich ...r Ausführung des Versailler Vertrages ergeben, mit ...r Sachlichkeit zu klären. Die deutschen Unterhändler ...sich einer fast verzweifelten Situation gegenübergestellt. ...konnte sagen, daß die Alliierten sich vor Aufnahme der ...ungen schon festgerannt hatten. „Herausforderung!" ...tierte Lloyd George gelassen nach Dr. Simons' Rede; ...nehmbar!" echote man in Paris. Was half es, daß ...hland unter Anführung eindringlicher Ziffern und ...ja selbst unter Mißachtung der Grenzen seiner Leistungs... ...eit, eine Verständigung erstrebte — die rasende See ...hr Opfer haben.

...n ist's geschafft: Die belgischen Kanonen in Düsseldorf ...ns „zur Vernunft bringen". Das Prestige der Gewalt ...wahrt. Doch kaum ist die Mobilisationsorder ergangen, ...schon melden sich leise Bedenken. Im englischen Unter... hat der Arbeiterführer Clynes offen zugegeben, daß ...militärische Maßnahmen die deutsche Schuld niemals ...trieben werden könne, und in der Londoner Presse wird ...fast bezweifelt, ob die Sanktionen die Alliierten ihrem ...auch nur um einen Schritt näherbringen werden. Daß ...Strafmaßnahmen" den Gang des deutschen Wirtschafts... ...empfindlich treffen, das zu bestreiten kann bei nüchterner ...sicherigkeiten gelten, denn die kommerziellen ...England und Frankreich können gegenüber den nach... ...Folgen, die sich für ihre eigenen Interessen aus der ...uenten Anwendung der wirtschaftlichen Sperrverfügun... ...ergeben, nicht die Augen verschließen. Die Gesetzesvorlage ...die 50prozentige Abgabe auf den deut... ...Export soll heute im englischen Parlament ein... ...cht werden. Dessen Beratung wartet man in ...ien und Belgien mit beträchtlicher Skepsis ...Schon häufen sich an den Umschlagsplätzen des internatio... ...Handels die Nachrichten über Annullierung deut... ...Bestellungen in den Ententeländern. Deutsche ...Firmen stellen bei der Erteilung neuer Aufträge die Be... ...ung, daß der Kaufpreis vor der Lieferung auf neutralen ...konten hinterlegt werde. Selbst Anzeichen für eine Um... ...ung deutscher Orders von England nach Amerika ...bereits vor. Und auch englische Häuser sind, nach ...„Times"-Meldung, angesichts der so plötzlich eingetretenen ...meinen Unsicherheit dazu übergegangen, ihre in Deutsch... ...erteilten Aufträge zurückzuziehen, unter gleichzeitiger Re... ...rung der als Garantien deponierten Markverträge. Durch... ...rechnet man, soviel ist klar, mit einer rapiden Steige... ...der Preise aller Waren, für die bisher in der ...chen Einfuhr ein Gegengewicht geschaffen war. Die alli... ...Regierungen hoffen allerdings, nicht nur die Zurück... ...ihrer belgischen und italienischen Verbündeten über... ...zu können, sondern beabsichtigen auch, darüber hinaus ...kleineren Staaten, wie Rumänien, Jugoslawien und die ...choslowakei zur Teilnahme an der „Regelung" der ...rtabgabe zu bestimmen. Allenthalben ist jedoch wenig ...zu neuen Boykottmaßnahmen zu verspüren.

Am wichtigsten erscheint im Augenblick die Abneigung ...Neutralen gegen das selbstherrliche Diktat der Herren ...d George und Briand. In holländischen Blättern wird ...s deutscherseits weitgespannte Hoffnungen zu begründen: ...mehin darf die Minderung der Wirksamkeit der ...ktionen, die sich notwendig aus diesen Widerständen ...ben muß, nicht unterschätzt werden. Es kommt in dieser ...unde vorwiegend darauf an, wer die stärkeren Ner... ...t hat. Darum muß als gewichtigster Faktor die Ge... ...losenheit der öffentlichen Meinung in ...utschland in den Vordergrund gestellt werden. Deutsch... ...d kann jetzt nur eine abwartende Haltung ein... ...men. Nichts wäre schädlicher, als wenn die innere Front ...ch gedankenlose Sucht nach Kritik, durch zaghafte Unsicher... ...t durchbrochen würde. Die Entente soll von selbst zu der ...sicht gelangen, daß der Weg, den sie beschritten hat, nur ...einen toten Gleis enden kann. Deutschland hat in Lon... ...ein Entgegenkommen bis zur alleräußersten Grenze seiner ...pfähigkeit bewiesen. Mehr bleibt nicht zu tun ...rig. Ein Zeichen der Schwäche wäre es, wollten wir uns ...bereitig in die Erörterung neuer Kompromisse begeben. ...auf der Gegenseite nach den Erfahrungen der jüngsten ...ist doch kaum anders denn als Anbiederungsversuche ge... ...tet würden, die aus einem Gefühl der Hilflosigkeit und ...rzweiflung erwüchsen. Für Deutschland ist, wenn man ...den zahllosen pessimistischen auch einer optimistischen ...wägung Raum geben soll, die augenblickliche Atempause ...ch ganz wertlos. Wir stehen vor der Abstimmung in ...berschlesien. Von deren Ausgang wird unsere künftige ...aktik maßgeblich beeinflußt sein. Solange jedenfalls gilt es ...gebotener Zurückhaltung auszuharren. Indessen dürfte sich ...ch ein Leerlauf des Instruments der Sanktionen er... ...ben. Der Amokläufer pflegt erst zur Besinnung zu kommen, ...enn er bei Besehung des Schadens die peinliche Ueber... ...schung erlebt, daß er sich gewaltig ins eigene Fleisch geschnitten hat! Allerdings hat das deutsche Volk das allergrößte Interesse daran, daß derartige maniakalische Anfälle der Ententemilitaristen von möglichst kurzer Dauer sein mögen.

Der tote Punkt! Die Heimat aber hat in dieser Stunde die Pflicht strengster nationaler Selbstdisziplin.

* * *

Die heutigen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses.

Stinnes gegen Simons.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags setzte heute vormittag die vertraulichen Verhandlungen über die Londoner Konferenz fort. Eine Zeitung wohnte auch der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, den Besprechungen bei. Unter anderen kamen in der Debatte Stinnes von der Deutschen Volkspartei, Graf Westarp von den Deutschnationalen und Dr. Breitscheid zu Wort. Wie wir hören, hat Hugo Stinnes heftige Angriffe gegen Dr. Simons und die zweiten deutschen Gegenvorschläge gerichtet. Um 12 Uhr mittags wurde die Sitzung zunächst unterbrochen, da um diese Stunde das Plenum des Reichstags zu tagen begann. Ursprünglich war in Aussicht genommen, morgen die große politische Debatte über die Londoner Konferenz in der Vollversammlung beginnen zu lassen. Wahrscheinlich wird man aber diese Aussprache auf Montag verschieben, um sie dann, ohne daß sie durch einen Ruhetag unterbrochen wird, bis Mittwoch zum Abschluß zu bringen. Nach dem Gang der Verhandlungen im Ausschuß darf schon heute gesagt werden, daß der Reichstag die Haltung der deutschen Delegation und insbesondere des Ministers Simons billigen wird, so daß weder Dr. Simons noch das gesamte Kabinett Veranlassung hätte, aus einer Stimmenänderung des Parlaments die Konsequenzen zu ziehen. Der Reichstag wird wahrscheinlich erklären, daß sich Deutschland in keiner Weise den Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber der Entente entziehen will, und daß strittig nur die Höhe der Reparationssumme ist, die mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands in Einklang gebracht werden müsse. Die Gewaltmaßnahmen werden als ein Bruch des Versailler Friedensvertrags aufgefaßt, und vermutlich wird das Parlament einen Ausschuß beauftragen, die sich daraus ergebende Rechtslage zu fixieren. Im übrigen wird man eine absolut abwartende Stellung einnehmen, da die Verhandlungen in London nicht von uns, sondern von der Entente abgebrochen worden sind.

Lloyd Georges Rede im Unterhaus.

Gegen die sanktionsfeindliche Arbeiterpartei.

London, 10. März. (W. T. B.)

Lloyd George teilte im Unterhause mit, daß die Gesetzesvorlage betreffend die fünfzigprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren morgen im Unterhause eingebracht werden solle. Es sei sehr wichtig, daß Gesetz sobald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Je schneller dies geschehe, um so bessere Ergebnisse würden gezeitigt werden. Lord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterschrift unter dem Versailler Vertrag in Ehren zu halten. Wenn irgendwelche Aenderungen geschehen sollten, so könne dies nur mit der freien und vollen Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. Die Zeit für eine Aenderung des Vertrages, wenn überhaupt eine solche stattfinden sollte, sei nach seiner Ansicht noch nicht gekommen. Sir Edward Carson sagte, es müsse den Alliierten und den Deutschen vollkommen klar gemacht werden, daß der Versailler Vertrag bestehen bleiben müsse und nur durch alle Unterzeichner des Vertrages abgeändert werden könne. Der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhaus und das ganze Land hinter sich. Es sei wesentlich, dies der deutschen Regierung klar zu machen, damit sie sich darüber, was England beabsichtige, keiner Täuschung hingebe.

Clynes erklärte, der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der augenblicklichen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurücksteht. Während man für eine Regelung der Schwierigkeiten mit Deutschland mehr durch ein Uebereinkommen als durch Gewalt eingetreten sei, habe man zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, deren Ende noch nicht abgesehen werden könne. **Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erreichen. Die Arbeiterschaft sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die nur noch erhöhen werde. Nur durch die Wiederherstellung des normalen Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen, und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem Empfänger größerer Schaden zugefügt, als dem zahlenden Teil.** Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynes, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs, und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Clynes forderte Aufschluß darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen zuzustimmen. Er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vorbehalt mit bezug auf Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. **Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung.** Deutschland wisse nicht, was sein Schicksal betreffs seines Gebiets, seiner Bevölkerung und seiner Macht sein werde, und dies sei der stärkste Grund dafür, daß augenblicklich keine drastischen militärischen Maßnahmen getroffen werden dürften. Für die bisherige Verzögerung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. **Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche baten? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden.** Lloyd George habe selbst erklärt, die Welt brauche ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland. Würden diese Maßnahmen zur Wohlfahrt und Zufriedenheit führen, und nicht vielmehr zu der Gewißheit weiteren wirtschaftlichen Ruins? Clynes sagte: Wir haben den Krieg gekämpft, um den Kriegen ein Ende zu machen, wir bekommen jedoch einen Frieden, der weitere Kriege zur Gewißheit macht. Clynes fragte, ob denn der Völkerbund so schadhaft sei, daß er diese materiellen und finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge. Bei einer Frage dieser Art hätte auch Amerika als Schiedsrichter angerufen werden können. Die Verantwortung für die bisherigen Schritte habe jetzt die Regierung zu übernehmen, und **er befürchte, nach sechs Monaten werde man bedauernd erklären, daß es unmöglich gewesen sei, das Geld in dieser Weise einzutreiben, und daß sich die militärischen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen hätten.**

Lloyd George führte aus, die Rede von Clynes könne nur den praktischen Erfolg haben, daß der Widerstand Deutschlands gestärkt werde. Die Alliierten hätten sich in der Reparationsfrage nach dem Rat ihrer Sachverständigen gerichtet. Die aufgestellten Zahlen seien von den alliierten Finanzsachverständigen nach eingehender Beratung mit den deutschen Sachverständigen ausgearbeitet worden. Nachdem die alliierten Sachverständigen alles gehört hatten, was die deutschen Sachverständigen zu sagen hatten, seien sie zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland zahlen könne. Es sei wirklich keine übermäßige Forderung (!), daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren hundert Millionen Pfund plus zwölf Prozent seiner Ausfuhr bezahle. Der deutsche Ausfuhr im letzten Jahre, abgesehen davon, was nach Frankreich für Reparationszwecke gesandt wurde, habe 250 Millionen Pfund betragen. Das bedeute, daß Deutschland 130 Millionen Pfund Sterling bezahlen solle. Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorschlag nicht angenommen worden sei, er sei davon abhängig gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Die Deutschen wären später zurückgekommen und hätten erklärt, es tue ihnen sehr leid, aber ein Dorf in Oberschlesien sei an Polen übergegangen. (!) Für einen Fall wie Oberschlesien sei der zwölfprozentige Ausfuhrzoll eingeführt. Denn wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands verminderte, so gehe auch der Ausfuhrzollbetrag, den Deutschland zahlen müsse, herab. Es handle sich weder um eine englische noch eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären es handle sich um eine gerechte Forderung an Deutschland, die erzwungen werden müsse, und zugleich, wenn man auf ihrer Erzwingung bestehe, sagen, man bringe Europa in Verwirrung. **Eine Schuld könne erzwungen werden. Er wolle sogar noch weiter gehen und sagen, man würde nie zu einer Einigung mit Deutschland gelangen, wenn Deutschland wisse, daß sie unter keinen Umständen erzwungen werde.** Angenommen, Deutschland glaube, daß Clynes wirklich die Ansicht des englischen Volkes in dieser Frage wiedergebe, und daß, trotzdem das englische Volk der Ansicht sei es sei eine gerechte Forderung, es sie niemals erzwingen würde; würde dann irgendeine deutsche Regierung hervortreten und irgendetwas vorschlagen? Lloyd George sagte, er wolle kein hartes Wort gebrauchen, das Schwierigkeiten hervorrufen könne, aber die Deutschen hätten ihre Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Sie hätten eine öffentliche Meinung, die nur mit der einen Seite des Falles bekannt gemacht werde. (?) Sie nähmen nicht die Verantwortung für den Krieg auf sich und glaubten nicht, daß sie für die Verpflichtungen Frankreichs und Belgiens verantwortlich seien. Es müsse Deutschland in seinem eigenen Interesse klargemacht werden, daß alle Alliierten gemeinsam entschlossen seien, die berechtigten Reparationsforderungen an Deutschland innerhalb der Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erzwingen. Ohne dies werde es niemals zu einer Regelung kommen. Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren an das Schatzamt erklärte Lloyd George, wenn die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen Lieferanten zu entschädigen, so tue sie dies auf eigene Gefahr, da sie dann riskiere, den deutschen Handel zu verlieren. Wenn Deutschland keine Waren nach alliierten Ländern schicke, wo wolle es sie dann hinschicken? Es sei erklärt worden, es gebe deutsche Waren, die England haben müsse. Die einzige deutsche Ware, die wirklich wesentlich und für England vollkommen unentbehrlich sei, seien Anilinfarben. In England seien Vorräte an Anilinfarben für 12 bis 15 Monate, und drei viertel aller Fabriken, die sie herstellen, befänden sich im besetzten Gebiet. (!) Außerdem sei Deutschland durch den Vertrag verpflichtet, auf Anforderung zu liefern. Daher seien die Alliierten in der Lage, diese besondere Methode, um das Geld einzutreiben, zu erzwingen.